

1. außerordentliche Sitzung am 29.08.2019

1. Antrag des Wirtschaftsreferats über den Beschluss des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017/18

Die UV möge beschließen: Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2018/19 der Hochschülerinnen und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg wird durch die Universitätsvertretung genehmigt.

2. Antrag des Wirtschaftsreferats über den Beschluss der Erstellung des Jahresabschlusses 2018/19

Die UV möge beschließen: Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2018/19 der Hochschülerinnen und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg wird durch den Wirtschaftsreferenten in Zusammenarbeit mit der Steuerberatungskanzlei MPD erstellt.

3. Antrag durch den Vorsitz, geändert durch die Aktionsgemeinschaft:

Die UV möge beschließen, ein Referat für Umwelt und Ökologie einzurichten.

4. Antrag durch den Vorsitz, geändert durch die Aktionsgemeinschaft:

Die UV möge beschließen, das Referat für Frauenpolitik, Genderfragen und LGBTQIA* in ein Referat für Frauenpolitik und ein Referat für Genderfragen und LGBTQIA* zu teilen, sowie ein Referat für den Umgang mit Beeinträchtigung und Lernschwierigkeiten einzurichten.

5. Antrag durch den Vorsitz

Die UV möge beschließen, die Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg wie folgt zu ändern:

§ 13 Referate der Universitätsvertretung

(1) Zur Erledigung der gesetzlichen Aufgaben der Österreichischen Hochschülerinnen und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg bestehen Referate für nachstehende Angelegenheiten bei der Universitätsvertretung:

- a) Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten
- b) Referat für Sozialpolitik und Wohnen
- c) Referat für Bildungspolitik

- d) Referat für Öffentlichkeitsarbeit
- e) Referat für Gesellschaftspolitik und Menschenrechte
- f) Referat für Presse
- g) Referat für Internationale Angelegenheiten und Diversität
- h) Referat für Frauenpolitik
- i) Referat für Genderfragen und LGBTQIA*
- j) Referat für Kultur und Sport
- k) Referat für Organisation
- l) Referat für Umwelt und Ökologie
- m) Referat für den Umgang mit Beeinträchtigung und Lernschwierigkeiten

6. Antrag der Fraktionen GRAS, VSStÖ und LUKS zur Ausrufung des Klimanotstandes durch die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg.

Die UV möge beschließen: Die ÖH an der Universität Salzburg ruft den Klimanotstand aus. Um darauf aufmerksam zu machen wird eine mediale Strategie erstellt, nach der über soziale Medien (Facebook und Instagram) sowie eine Presseausendung auf den Klimanotstand aufmerksam gemacht und über die Forderungen der ÖH Universität Salzburg informiert wird. Diese wird von den Referaten für Umwelt und Ökologie sowie für Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt. Weiterhin werden Projekte und Veranstaltungen geplant und durchgeführt, um auf die Klimakatastrophe aufmerksam zu machen und über geeignete Maßnahmen dagegen zu informieren. Wichtige Partner*innen sollen auch der Plus Green Campus und die Universität Salzburg werden, welche in Sachen Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit schon deutliche Maßnahmen gesetzt haben. Darüber hinaus werden Gespräche mit der Stadt Salzburg sowie dem Land Salzburg geführt, um mit diesen Partner*innen die entsprechenden Forderungen der ÖH Uni Salzburg umzusetzen. Die Forderungen der ÖH Universität Salzburg sind folgende:

- Integration der Klimakrise in der Forschung und Lehre an der Universität Salzburg
- Reduzierung des Ressourcenverbrauchs der Universität Salzburg und ein ressourcenschonende und nachhaltige Beschaffung von Materialien etc.
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Salzburg und im Land Salzburg sowie Verbesserung der Fahrradinfrastruktur
- Schaffung von Grünflächen an öffentlichen Gebäuden, insbesondere an Gebäuden der Universität Salzburg
- Schaffung zusätzlicher Kapazitäten an Studierendenwohnheimplätzen, um unnötigen Pendlerverkehr abzuschwächen; sowie die Forderung an die Salzburger Wohnheimbetreiber, auch in Wohnheimen entsprechende Maßnahmen zur Schaffung entsprechender Nachhaltigkeitsstrategien & Recyclingmöglichkeiten

7. Antrag im allgemeinen Interesse der Studierenden

Die Universitätsvertretung möge beschließen, dass im Zeitraum von 1.-30. September 2019, sowie von 1.-27. Februar 2020 anfallende Druckkosten von Studienvertretungen und Fakultätsvertretungen für Erstsemestrigenbroschüren, Infoblätter und Übersichtsbroschüren über das Studium von der Universitätsvertretung in bedarfsorientierter Menge übernommen werden.